URBANE LIGA
JUGENDFORUM STADTENTWICKLUNG

DENKLABOR#4
25. - 27. JUNI 2022
HAUS DER STATISTIK, BERLIN

STÄDTEBAU-
FÖRDERUNG
von Bund, Ländern und Gemeinden

FINALE, DIE ZWEITE

INTRO **4**
→ BEGRIFFE & FRAGESTELLUNG 6
IM FOKUS **8**
→ PERSPEKTIVEN: DREI BLICKWINKEL AUF URBANE GOVERNANCE 10
→ BRÜCKEN BAUEN: DIE NEUE LEIPZIG CHARTA ALS LEITPLANKE FÜR DIE STADTENTWICKLUNGSPOLITIK 12
→ MAGNUS HENGGE - FISHBOWL#1 14
→ ASLI VAROL - FISHBOWL#2 16
→ STEFFEN PRÄGER - FISHBOWL#3 18
HANDREICHUNGEN **20**
→ THEMENCLUSTER RESSOURCEN 22
→ THEMENCLUSTER SOLIDARITÄT 24
→ THEMENCLUSTER ZUSAMMENARBEIT 26
AUSBLICK **28**
→ DISKUSSION MIT DR. ROLF BÖSINGER 30
ALUMNIVEREIN **32**
IMPRESSUM **34**

URBANE LIGA
JUGENDFORUM STADTENTWICKLUNG

Die Urbane Liga ist ein Bündnis und Ideenlabor junger Stadtmacherinnen und Stadtmacher. Das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen lädt diese zweimal jährlich ein, um deren Ideen zur zukünftigen Entwicklung von Städten zu diskutieren. Als Netzwerkplattform zielt die Urbane Liga darauf ab, das Mitwirken junger Erwachsener in Deutschland zu stärken. 40 junge Stadtaktive aus 23 bundesweiten Projekten bilden den Jahrgang 2020/2022 der Urbanen Liga.

Abb.1 Foto: Duygu Atçeken © team stadtstattstrand

INTRO

→ Das vierte und finale Denklabor des zweiten Jahrgangs der Urbanen Liga fand vom 25.-27. Juni 2022 im Haus der Statistik in Berlin statt und schloss mit einem gemeinsamen Termin mit Dr. Rolf Bösinger, Staatssekretär im Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) ab.

Nach dem Denklabor #1 (Agenda-Setting), Denklabor #2 (Entwicklung erster KoFo-Skizzen) und Denklabor #3 (Prototyping und Testing) haben die Teilnehmenden im Denklabor #4 aus den Erkenntnissen der Ko-Forschung konkrete Handlungsempfehlungen für die Stadtentwicklungspolitik des Bundes abgeleitet.

Die Akteure des aktuellen Jahrgangs haben für ihr Engagement Zertifikate erhalten und wurden feierlich in das Urbane Liga Alumni-Netzwerk aufgenommen. Die Ergebnisse des zweiten Jahrgangs der Urbanen Liga wurden im Herbst 2022 im Rahmen des Bundeskongresses der Nationalen Stadtentwicklungspolitik einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt.

Abb.2 Foto: Duygu Atçeken © team stadtstattstrand

URBANE LIGA
JUGENDFORUM STADTENTWICKLUNG
WWW.URBANE-LIGA.DE

BEGRIFFE & FRAGESTELLUNG

TRANSPARENTE ENTSCHEIDUNGSPROZESSE
VERBINDLICHE PARTNERSCHAFTEN AUF AUGENHÖHE
GETEILTE VERANTWORTUNG AUF KOMMUNALER EBENE

→ Die Entwicklung unserer Städte wird nicht allein durch Politik und Verwaltung gesteuert. Immer häufiger fordern Menschen mehr Mitsprache bei der Gestaltung ihrer Stadt ein und fördern durch ganz praktische Aktionen das Gemeinwohl in ihren Städten.

Folglich wurde das Jahrgangsthema "Urbane Governance" von der Urbanen Liga gewählt, um der Dringlichkeit von transparenten Entscheidungsprozessen, Anerkennung von Stadtmachern als stadtgestaltende Akteure und der Möglichkeit der Mitsprache Ausdruck zu verleihen.

KERNFRAGE DES JAHRGANGS

"Wie schaffen wir es, kooperative Strukturen zwischen Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung zu entwickeln?"

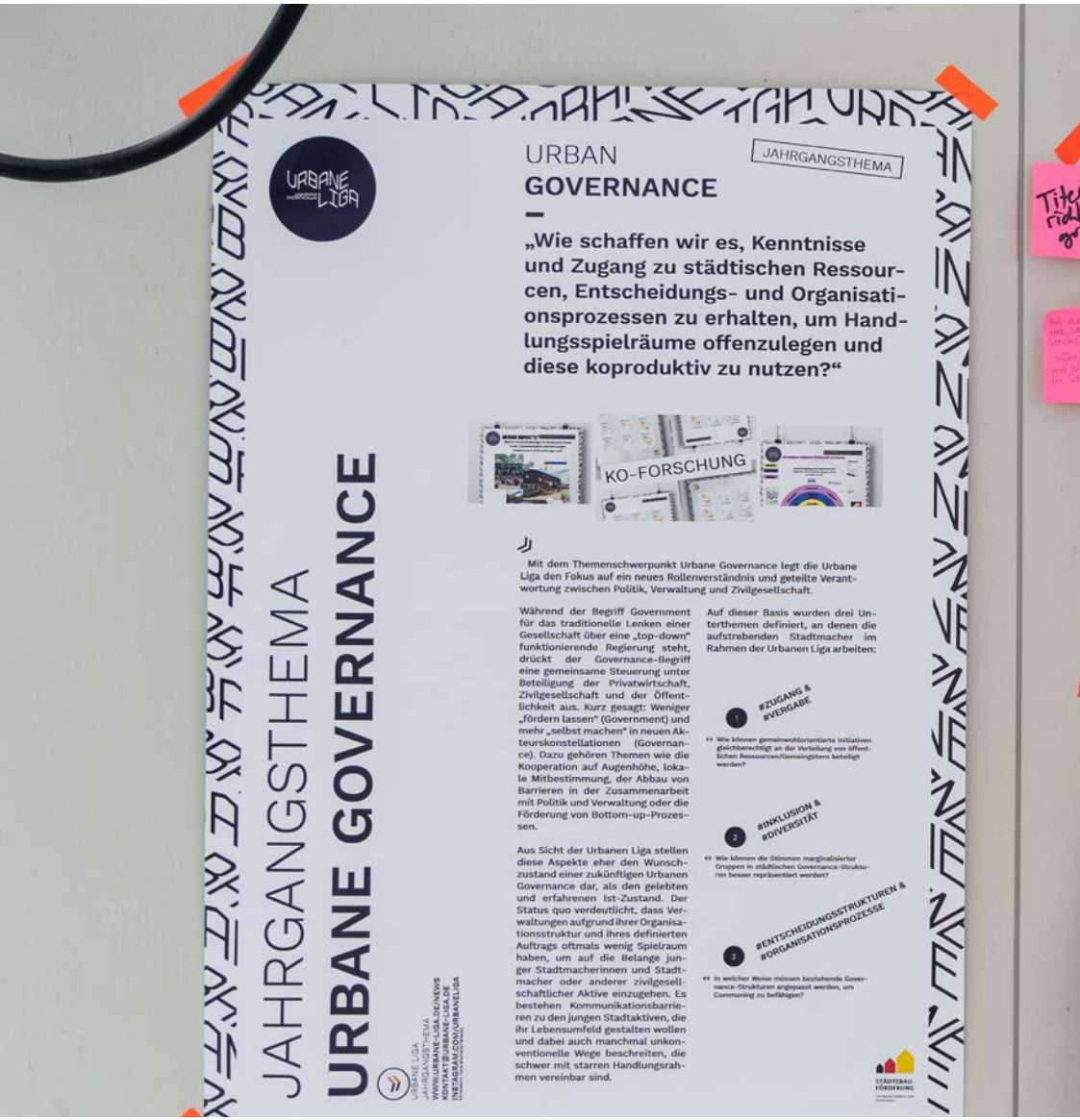
- Urbane Liga 2020/22

DEFINITION URBANE GOVERNANCE

Der Begriff Governance wird für zeitgemäße Formen des politischen Steuerns, gesellschaftlichen Aushandelns und Entscheidens verwendet. Im Kern geht es um den Wunsch nach transparenten Entscheidungsprozessen und der Möglichkeit, sich aktiv zu beteiligen, im Gegensatz zur indirekten Beteiligung an politischer Entscheidungsfindung, wie beispielsweise über Teilnahme an Wahlen, Parteizugehörigkeit oder die Mitgliedschaft in Interessenvertretungen. Es geht bei der Urbanen Governance also weniger um ein "fördern lassen", als vielmehr um ein "selbst machen". Weniger Government, mehr Governance.

Abb.3 Foto: Duygu Atçeken © team stadtstattstrand

IM FOKUS


URBANE LIGA
JAHRGANGSTHEMA
URBANE GOVERNANCE
URBAN
GOVERNANCE
JAHRGANGSTHEMA
„Wie schaffen wir es, Kenntnisse und Zugang zu städtischen Ressourcen, Entscheidungs- und Organisationsprozessen zu erhalten, um Handlungsspielräume offenzulegen und diese koproduktiv zu nutzen?“
KO-FORSCHUNG
Mit dem Themenschwerpunkt Urbane Governance legt die Urbane Liga den Fokus auf ein neues Rollenverständnis und geteilte Verantwortung zwischen Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft.
Während der Begriff Government für das traditionelle Lenken einer Gesellschaft über eine „top-down“ funktionierende Regierung steht, drückt der Governance-Begriff eine gemeinsame Steuerung unter Beteiligung der Privatwirtschaft, Zivilgesellschaft und der Öffentlichkeit aus. Kurz gesagt: Weniger „fördern lassen“ (Government) und mehr „selbst machen“ in neuen Akteurskonstellationen (Governance). Dazu gehören Themen wie die Kooperation auf Augenhöhe, lokale Mitbestimmung, der Abbau von Barrieren in der Zusammenarbeit mit Politik und Verwaltung oder die Förderung von Bottom-up-Prozessen.
Aus Sicht der Urbanen Liga stellen diese Aspekte eher den Wunschzustand einer zukünftigen Urbanen Governance dar, als den gelebten und erfahrenen Ist-Zustand. Der Status quo verdeutlicht, dass Verwaltungen aufgrund ihrer Organisationsstruktur und ihres definierten Auftrags oftmals wenig Spielraum haben, um auf die Belange junger Stadtmacherinnen und Stadtmacher oder anderer zivilgesellschaftlicher Aktive einzugehen. Es bestehen Kommunikationsbarrieren zu den jungen Stadtaktiven, die ihr Lebensumfeld gestalten wollen und dabei auch manchmal unkonventionelle Wege beschreiten, die schwer mit starren Handlungsrahmen vereinbar sind.
Auf dieser Basis wurden drei Unterthemen definiert, an denen die aufstrebenden Stadtmacher im Rahmen der Urbanen Liga arbeiten:
1 #ZUGANG & #VERGABE
Wie können gemeinwohlorientierte Initiativen gleichberechtigt an der Verteilung von öffentlichen Ressourcen/Gemeingütern beteiligt werden?
2 #INKLUSION & #DIVERSITÄT
Wie können die Stimmen marginalisierter Gruppen in städtischen Governance-Strukturen besser repräsentiert werden?
3 #ENTSCHEIDUNGSSTRUKTUREN & #ORGANISATIONSPROZESSE
In welcher Weise müssen bestehende Governance-Strukturen angepasst werden, um Commoning zu befähigen?
STÄDTEBAU FÖRDERUNG
URBANE LIGA
JAHRGANGSTHEMA
WWW.URBANE-LIGA.DE/NEWS
KONTAKT@URBANE-LIGA.DE
INSTAGRAM.COM/URBANELIGA

→ Drei Tiefenbohrungen haben dem Themenkomplex "Urbane Governance" auf den Zahn gefühlt. Daraus entstanden Handreichungen für Mitstreiterinnen und Ansprechpersonen in Politik und Verwaltung.

Abb.4 Hemmnisse, Visionen, Fakten: Steckbriefe der Urbanen Liga und im Prozess erarbeitete Ergebnisse bilden die Grundlage für den Austausch mit der Bundespolitik und den Kern der Wanderausstellung. Foto: Duygu Atçeken © team stadtstattstrand

PERSPEKTIVEN

→ Drei Blickwinkel auf Urbane Governance

ZUGANG & VERGABE

#1 ZUGANG UND VERGABE

DER RESSOURCEN-KOMPASS

Der Kompass öffentlicher Ressourcen zeigt im handlichen Posterformat, welche Ressourcen nötig sind, um gemeinsam Stadt zu machen: Er skizziert Entscheidungsprozesse, erklärt relevante Gremien und Organe in Politik und Verwaltung und beschreibt, wie über die Vergabe von Flächen entschieden wird.

INKLUSION & DIVERSITÄT

#2 INKLUSION UND DIVERSITÄT

DENKANSTÖSSE FÜR EINE SOLIDARISCHE URBANE PRAXIS

Nicht alle Menschen haben die gleichen Zugänge und Ressourcen, um Stadt zu machen. Was haben also Privilegien und Diskriminierung mit Urbaner Praxis zu tun? Ausgehend von dieser Frage hat die Urbane Liga untersucht, wie Stadt solidarisch gestaltet werden kann. Dazu wurden verschiedene Initiativen eingeladen, ihre Ansätze für eine solidarische Urbane Praxis zu teilen. Darauf aufbauend ist das Heft “MACHT STADT SOLIDARISCH - Denkanstöße für eine solidarische Urbane Praxis” entstanden. Dieses richtet sich an mitunter privilegierte Stadtmacherinnen und Stadtmacher und gibt Impulse, die eigene Urbane Praxis zu reflektieren und solidarisch zu gestalten.

Zusätzlich zu dem Heft wurde ein Tool entwickelt, das Reflexion und Gespräche zu diesen Themen in Gruppenkontexten anleitet. Das Tool-Paket besteht aus einem Würfelspiel mit Anleitung, wodurch das Gespräch moderiert wird.

Abb.5 Die Ergebnisse aus der selbstorganisierten Ko-Forschung wurden beim vierten Denklabor präsentiert.
Foto: Duygu Atçeken © stadtstattstrand

ENTSCHEIDUNGSPROZESSE

#3 ENTSCHEIDUNGSPROZESSE
WORAN HAPERT´S?

Urbane Governance ist für viele Initiativen innerhalb der Urbanen Liga vor allem eins: Ein langer Weg, um den eigenen Platz im Regelwerk der Verwaltungsstrukturen zu finden. Stadtmacherinnen und Stadtmacher erleben häufig fehlende Anerkennung ihrer Arbeit und bewegen sich in undurchschaubaren Strukturen, sobald sie mit Verwaltungsorganen in Kontakt treten. Ausgehend von der Frage, "woran hapert's eigentlich beim Gegenüber?" wurden verschiedene Phasen der Zusammenarbeit im Laufe eines Projekts durch Interviews mit sozio-kulturellen Akteuren sowie Menschen aus verschiedenen Fachbereichen der Stadtverwaltung analysiert und in Verbesserungsvorschläge für eine koproduktive Stadtpraxis übersetzt.

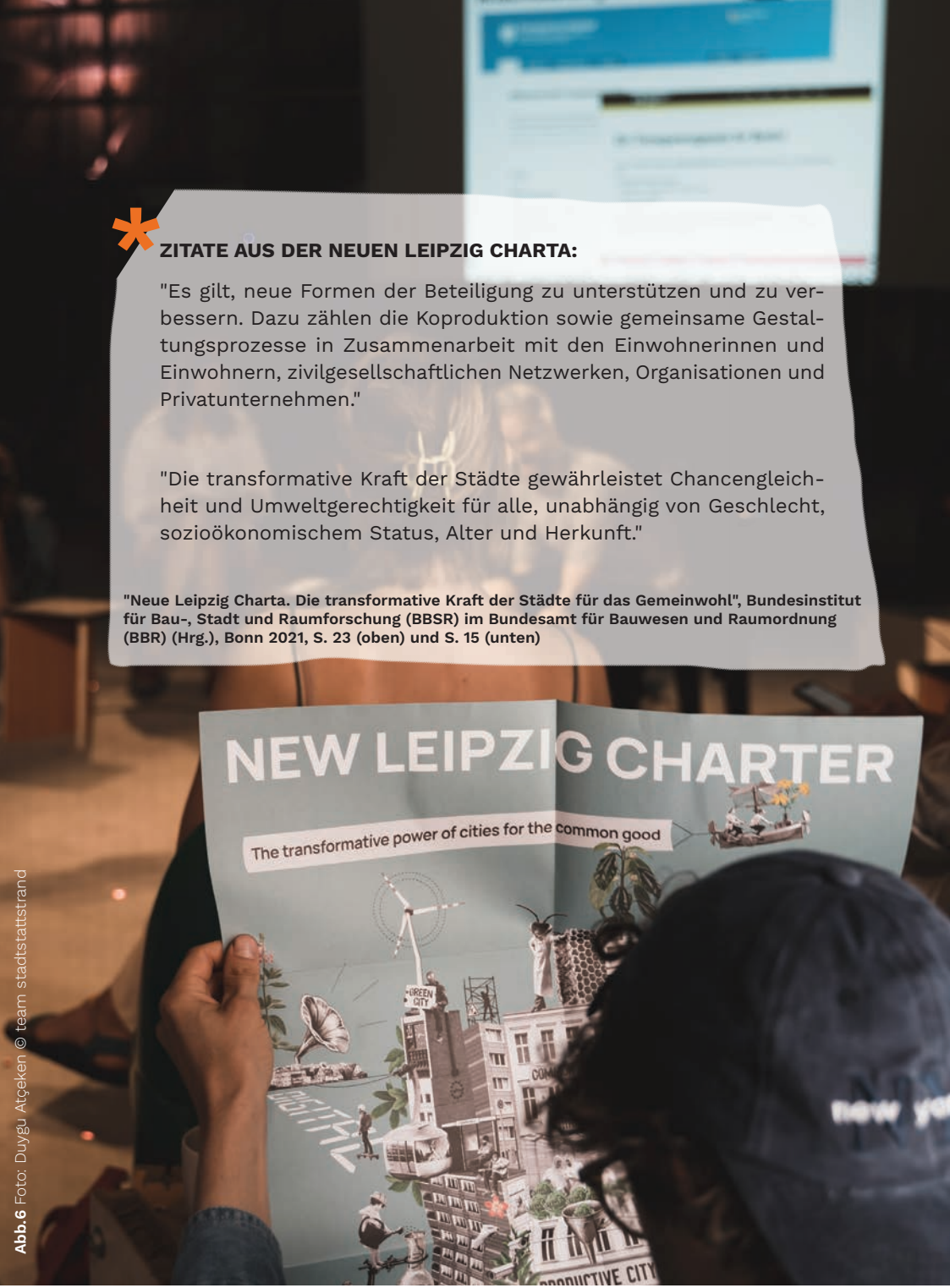
BRÜCKEN BAUEN

→ Die Neue Leipzig Charta als Leitplanke für die Stadtentwicklungspolitik

Die Themen der Urbanen Liga stehen im Einklang mit den Forderungen der Neuen Leipzig Charta. Die Neue Leipzig-Charta ist das Leitdokument für europäische Stadtentwicklung. Sie formuliert konkrete Handlungsdimensionen und Schlüsselprinzipien guter Stadtpolitik. Die Weiterentwicklung der Charta nimmt das Gemeinwohl in den Fokus. Die Praxis der Aktiven der Urbanen Liga, ihre Ideen und Vision für Städte von morgen sind eng mit den Inhalten der Neuen Leipzig Charta verknüpft. Insbesondere die Punkte der Beteiligung, Koproduktion und die Einbeziehung marginalisierter Gruppen korrespondieren mit konkreten Forderungen der Urbanen Liga nach einer solidarischen Urbanen Praxis, einem transparenten Umgang mit Grund und Boden und einer koproduktiven Zusammenarbeit zwischen stadtgestaltenden Initiativen, Politik und Verwaltung.

* "Wir, die für Stadtentwicklung zuständigen Ministerinnen und Minister, verpflichten uns dazu, die Grundsätze der Neuen Leipzig-Charta umzusetzen und auch weiterhin das Konzept der ebenenübergreifenden Politikgestaltung und Partnerschaft im Rahmen der Urbanen Agenda für die EU zu unterstützen."

"Umsetzung der Neuen Leipzig-Charta im Rahmen eines Mehrebenen-Ansatzes, Nächste Schritte für die Urbane Agenda für die EU", Bundesinstitut für Bau-, Stadt und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hrg.), November 2020, S.6



ZITATE AUS DER NEUEN LEIPZIG CHARTA:

"Es gilt, neue Formen der Beteiligung zu unterstützen und zu verbessern. Dazu zählen die Koproduktion sowie gemeinsame Gestaltungsprozesse in Zusammenarbeit mit den Einwohnerinnen und Einwohnern, zivilgesellschaftlichen Netzwerken, Organisationen und Privatunternehmen."

"Die transformative Kraft der Städte gewährleistet Chancengleichheit und Umweltgerechtigkeit für alle, unabhängig von Geschlecht, sozioökonomischem Status, Alter und Herkunft."

"Neue Leipzig Charta. Die transformative Kraft der Städte für das Gemeinwohl", Bundesinstitut für Bau-, Stadt und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hrg.), Bonn 2021, S. 23 (oben) und S. 15 (unten)

Abb.6 Foto: Duygu Atçeken © team stadtstattstrand

FISHBOWL#1

→ ZU GAST ZUM THEMA ZUGANG & VERGABE: MAGNUS HENGGE (STUDIO ADHOC, BIZIM KIEZ, LOKALBAU)

"Welche öffentlichen Ressourcen benötigen
macherinnen und Stadtmacher und wie kan
zu diesen vereinfacht werden?"

"Stadtmachen verstehe ich als eine Gemeinschaftsaufgabe für alle: Politik, Verwaltung, Initiativen, Intermediäre und eine dem Gemeinwohl verpflichtete Immobilienwirtschaft. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, bedarf es einer transparenten Kommunikation der zur Verfügung stehenden öffentlichen Ressourcen. Mit der LokalBau-Karte hat der Bezirk Friedrichshain Kreuzberg erstmals ein Großteil der Flächenpotenziale bzw. Grundstücke als Ressource für eine gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung veröffentlicht. Die Beteiligung der Öffentlichkeit bzw. die Einbindung von Nachbarschaften und Initiativen kann damit weit vor der Planung beginnen! Im Idealfall kann die Akzeptanz für eine innerstädtische Nachverdichtung für z.B. leistbares und inklusives Wohnen oder niederschwellig zugängliche Flächen für soziale und kulturelle Nutzungen von Anfang an aufgebaut und von sich qualifizierenden Akteuren im Umfeld getragen werden.

Ausschlaggebend zur Integration von Akteuren in kooperative Prozesse sind politische Richtungsentscheidungen auf lokaler Ebene, welche die Verfahren öffnen, Orientierung und Verbindlichkeit schaffen. So können gemeinschaftlich organisierte und zum Teil selbstverwaltete Räume entstehen, die den Zusammenhalt von Nachbarschaften stärken und zu einer resilienten Stadtentwicklung in Zeiten multipler Krisen beitragen."

VITA

Magnus Hengge ist Kommunikationsdesigner und eine herausragende Stimme in der Berliner Initiativen-Szene für die Rechte von Mieterinnen und Mietern, Beteiligung und Gemeinwohlorientierung. Seine durch zahlreiche Zitierungen in den Medien reflektierten redaktionellen Texte erscheinen vorrangig auf den Websites Berliner Initiativen (NaGe-Netz, Bizim Kiez, Stadtbodenstiftung, Stadtprojekte, Mietenwahnsinn-Bündnis, IniForum) sowie in Form von Social Media Posts, wodurch sie zum Community Building einer "Szene der gemeinwohlorientierten Stadtentwicklung" beitragen. Magnus Hengge ist als Kampagnenmacher und Co-Initiator mehrerer Großkundgebungen, Demonstrationen und Konferenzen aktiv geworden, die auf die Förderung der Gemeinwohlorientierung in der Stadtentwicklung ausgerichtet waren (z.B. "Alternativer Wohngipfel").

junge Stadt-
n der Zugang

Abb.7 "Wenn Mieterinnen und Mieter Bewegungen und Initiativen aktiv werden, ist es meist schon zu spät. Wie können die (planerischen) Weichen also frühzeitig so gestellt werden, damit Raumressourcen langfristig gesichert werden können?" - Magnus Hengge Foto: Duygu Atçeken © team stadtstattstrand

FISHBOWL#2

"Wie können die Stimmen m
entwicklungsstrukturen bes

→ ZU GAST ZUM THEMA INKLUSION & DIVERSITÄT: ASLI VAROL (FEM_ARC COLLECTIVE BERLIN, COOPDISCO BERLIN)

"Unter Stadtmachen oder urbaner Praxis verstehe ich Prozesse, die von den Stadtbewohnerinnen und Stadtbewohner selbst organisiert werden und zur Transformation der Stadt beitragen. Diejenigen, die von einem städtischen Problem oder Missstand betroffen sind, handeln selbst, um den Zustand zu verändern. Zum Beispiel der Mangel an bezahlbarem oder gemeinschaftlichem Wohnraum, das Fehlen von öffentlich zugänglichen konsumfreien Räumen.

Baugruppen waren oft das Beispiel für das, was uns damals im Architekturstudium als Stadtmachen von Unten gezeigt wurde. Aber wir brauchen Geld und ein soziales Netzwerk, um ein gemeinschaftliches Wohnprojekt zu initiieren oder um Teil eines solchen Prozesses zu werden.

Wir brauchen Kapital, um zu handeln. Nicht nur ökonomisches Kapital, sondern auch soziales und kulturelles Kapital, Netzwerke und weitere Sicherheiten, um im urbanen Raum von Unten für unser Anliegen kämpfen zu können. Das Stadtmachen von Unten ist deswegen Luxus und nicht vielfältig.

Viele Menschen sind aus Teilhabe an der Gestaltung der Stadt ausgeschlossen: Kein Arbeitsrecht, kurzfristiges Bleiberecht, kein Wahlrecht, Ausschluss von Räumen wegen mangelnder Barrierefreiheit oder fehlendem Geld.

Wäre es nicht ein erster Schritt, wenn Stadtmacherinnen und Stadtmacher sich gegen strukturelle Ungleichheiten einsetzen würden, die viele Menschen daran hindern, sich an der Gestaltung der Stadt zu beteiligen?

Ein Prozess des Stadtmachens ist dann solidarisch und machtkritisch, wenn die Ziele, Inhalte und Prioritäten auch von den marginalisierten Stimmen definiert werden. Wir reproduzieren die bestehenden Machtstrukturen, wenn wir als Initiatorinnen und Initiatoren Prioritäten und Ziele setzen und erst dann versuchen marginalisierte Stimmen einzubringen.

Solidarität ist, wenn wir auch Kämpfe anderer Menschen anerkennen und genauso wichtig schätzen wie unsere eigenen. Wir sollen Probleme in der Stadt, die aus unserer Perspektive unsichtbar sind, als Missstände und die Kämpfe dagegen als urbane Praxis/ Stadtmachen anerkennen. Den Luxus der Selbstorganisation können wir nur auf diese Weise mit unseren Stadtmitbewohnerinnen und -mitbewohnern teilen."

VITA

Aslı Varol studierte Architektur an der TU Berlin und der UdK Berlin. Seit 2019 arbeitet sie als Architektin in der Planungs-Kooperative coopdisco mit Fokus auf der Planung und Umsetzung von innerstädtischen Wohn- und Gewerbeprojekten in Selbstverwaltung. Sie ist Mitinitiatorin von Campus Cosmopolis, einem Wohn- und Nachbarschaftsprojekt von Berlinerinnen und Berliner mit und ohne Fluchterfahrung. In ihrer Arbeit hinterfragt sie vorhandene Beteiligungsstrukturen in der Praxis und erprobt partizipative Formate und Prozesse, die städtische Teilhabe unabhängig von Herkunft und Einkommen gewährleisten. Als Teil des Kollektivs fem_arc trägt sie mit künstlerischen Formaten zur Stärkung marginalisierter Stimmen in Architekturdiskurs und -Praxis bei. Seit 2019 sitzt sie im Kuratorium der Stadtbodenstiftung, deren Ziel es ist, städtische Grundstücke dem Markt zu entziehen, um diese für eine zivilgesellschaftlich gelenkte, langfristig gemeinwohlorientierte Bewirtschaftung zu sichern.

"Stadtmachen kann nur verändert werden, wenn Kämpfe und Probleme von anderen anerkannt werden und die Definition, was urbane Praxis ist, von diversen Gruppen mitgestaltet wird." – Aslı Varol
Abb.8 Foto: Duygu Atçeken © team stadtstattstrand

FISHBOWL#3

"Welche Herausforderu
zwischen stadtgestalten

→ ZU GAST ZUM THEMA ENTSCHEIDUNGSSTRUKTUREN: STEFFEN PRÄGER (PROJEKTENTWICKLER UND STADTRAT ERFURT)

FEHLT ES VIELLEICHT AM WISSEN UMEINANDER?

Es scheint selten vorzukommen, dass man in der kommunalen Verwaltung – vielleicht abgesehen vom Jugendamt – wirklich gut um die spezifischen Bedürfnisse einer jungen, engagierten Generation weiß. Unklar bleibt hier nicht zuletzt, was man von dieser erwarten kann und wie viel man ihnen zutrauen soll.

Auf der anderen Seite: Wie viele junge Stadtmacherinnen und Stadtmacher wissen denn, wie Verwaltung wirklich funktioniert? Wie sie gegliedert ist? Wie Entscheidungsfindungsprozesse wirklich aussehen? Wo die viel beschworenen Spielräume dabei wirklich liegen? Allem voran scheint die allgemeine Wahrnehmung vorzuherrschen – und mit diesem Mythos sollte dringend aufgeräumt werden – dass Verwaltung eins und immer einig ist. Schlimmstenfalls werfen die jungen Aktiven dann auch noch die kommunale Politik in denselben Topf.

FEHLENDE LITERACY?

Und an dieser Stelle muss auch einmal Kritik geäußert werden. Mir scheint allzu häufig, dass es an (grundlegenden) Kenntnissen darüber fehlt, wie auf der kommunalen Ebene das institutionelle Wechselspiel aus Politik und Verwaltung, formal, aber auch informell, funktioniert.

Mit (ein bisschen) mehr Blick auf und in die Strukturen ließen sich eine Menge Irritationen und wahrgenommene Unmöglichkeiten schon vorab vermeiden. Da kann man aber beim Vorwurf, alles wäre intransparent nicht stehen bleiben. Verwaltung ist Bürokratie und diese ist nicht selten ineffizient. Aber noch bevor wir aktiv Stadt machen, sind wir Bürgerin oder Bürger. Und die haben grundsätzliche Rechte, in diese Prozesse Einblick zu nehmen. Nutzen wir diese!

MÜSSEN WIR AUCH NOCH LOBBYISTEN SEIN?

Ja! Stadtmacherinnen und Stadtmacher müssen ihr Lobbying selbst übernehmen und gut darin werden. Andere Interessengruppen innerhalb der Stadtgesellschaft machen das ja auch. Die allermeisten Kommunen werden mit der Aufgabe konfrontiert sein, einen Spagat zwischen nicht ausreichenden Ressourcen und unmöglich vielen Aufgaben zu bewältigen.

Es gilt die politische Stimmung zu erfassen, die aktuellen Probleme zu kennen und nachzuvollziehen, warum Prioritäten von wem so festgelegt worden sind. Man sollte aktiv in die Aushandlungsprozesse einsteigen, denn natürlich ist eine Entscheidung für das eigene Projekt zumeist auch eine Entscheidung gegen andere Interessen. Da braucht es bestechende Argumente und vermittelnde Angebote, die man den eigenen Fürsprecherinnen und Fürsprechern an die Hand geben kann.

Ich werbe dafür, Verwaltungen als Partner zu gewinnen, denn in einer funktionierenden Partnerschaft ist das Geben und Nehmen wechselseitig.

ungen treten in der Zusammenarbeit
den Initiativen und Verwaltungen auf?"

VITA

Steffen Präger studierte an der Universität Erfurt Kommunikationswissenschaft und ist seit 2006 freiberuflicher Berater für Sozialmanagement und Sozialmarketing. Im Jahr 2008 folgte mit Gleichgesinnten in Erfurt die Gründung des gemeinnützigen Vereins Plattform e.V., einer Werkstatt für innovative Lösungsansätze gesellschaftlicher Problemfelder, dem er bis heute als geschäftsführender Vorstand vorsteht. Als Referent non-formaler Seminare und Dozent mit Lehraufträgen an Universität und Fachhochschule Erfurt vermittelt er seit mehr als 10 Jahren Grundlagen des agilen Projektmanagements. Er ist seit 2019 Mitglied im Erfurter Stadtrat und Ausschussvorsitzender für Wirtschaft, Beteiligungen und Digitalisierung sowie aller Werkausschüsse.

"Mit öffentlichen Ressourcen muss wirtschaftlich umgegangen werden, das besagt die Bundeshaushaltsordnung. Grundstücke müssen demnach immer zum Marktwert verkauft werden. Die Bundeshaushaltsordnung besagt jedoch auch, dass das Wirtschaftlichkeitsprinzip in Einzelfällen umgangen werden kann. Was es dazu braucht, ist gezielte Lobbyarbeit mit der Politik." - Steffen Präger

Abb.9 Foto: Duygu Atçeken © team stadtstattstrand

HAND-
REICHUNGEN

→ Empfehlungen der Urbanen Liga
Jahrgang 2020/2022

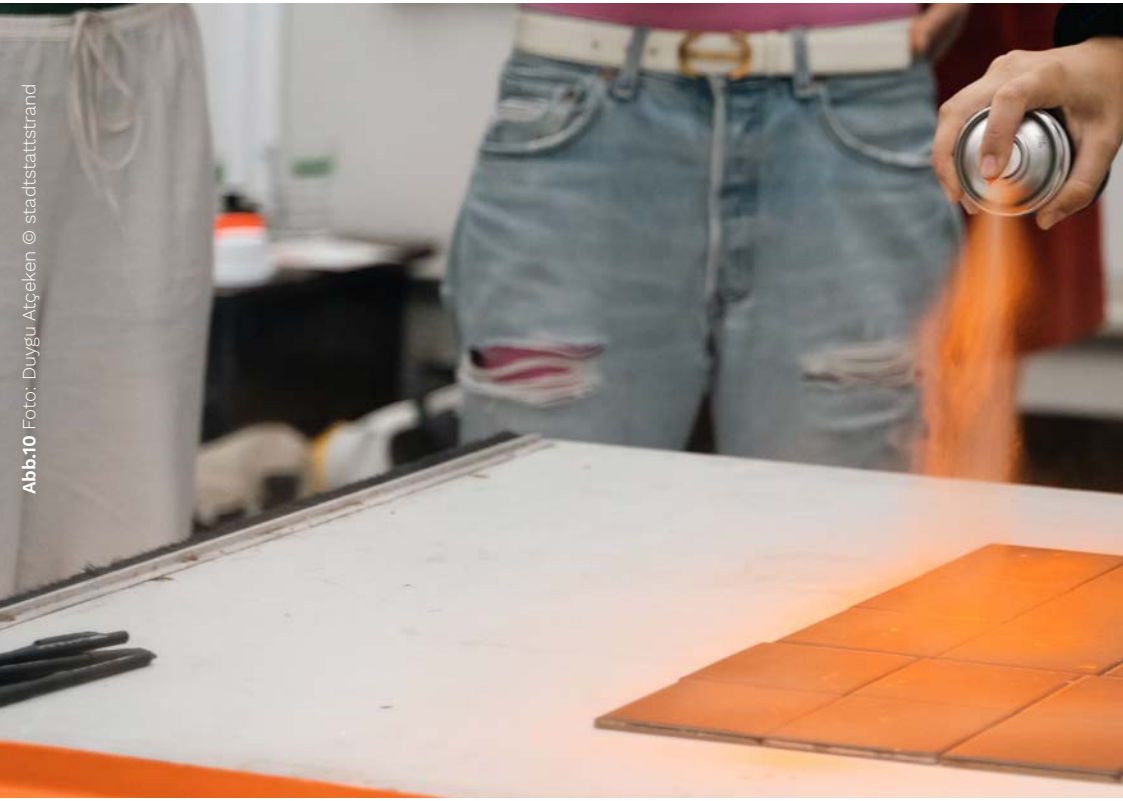


Abb.10 Foto: Duygu Atçeken © stadtstattstrand

→ Vor dem Hintergrund, dass Zugang zu Raum die Grundvoraussetzung für ein aktives Stadtmachen ist, wurde von der Urbanen Liga die Entwicklung eines transparenten Liegenschaftskatasters von Flächen im Besitz des Bundes vorgeschlagen. Neben Transparenz wurden fehlende Ansprechpersonen und verschiedene Geschwindigkeiten im Projektablauf als Stolpersteine in der alltäglichen urbanen Praxis gesehen.

Im Abschluss-Gespräch mit Staatssekretär Dr. Bösinger betonten die Stadtmacherinnen und Stadtmacher die Notwendigkeit, dass sie von Politik und Verwaltung als relevante stadtgestaltende Akteure anerkannt werden müssen. Als Träger öffentlicher Belange wollen sie bei Planungen und Förderungen involviert werden, und so Stadt gemeinsam gestalten.

Die jungen Stadtmacherinnen und Stadtmacher überreichten Staatssekretär Dr. Bösinger ihr Handbuch Macht Stadt Solidarisch. Das Heft macht darauf aufmerksam, was Macht, Privilegien und Diskriminierung mit Stadtentwicklung zu tun haben. Es gibt praktische Hinweise und Denkanstöße, wie Diversität und Gleichberechtigung mehr Einzug in die Entwicklung unserer Städte haben können. Neben Reflexionsfragen für die eigene Praxis wurde eine Liste praktischer Tipps und weiterführender Literaturhinweise zusammen gestellt.

THEMENCLUSTER#1

→ ZUGANG UND VERGABE ZU RAUMRESSOURCEN

"WELCHE ÖFFENTLICHEN RESSOURCEN BENÖTIGEN JUNGE STADTMACHERINNEN UND STADTMACHER UND WIE KANN DER ZUGANG ZU DIESEN VEREINFACHT WERDEN?"

Um Städte in Zukunft lebenswert zu gestalten ist es wichtig, Freiräume zu schaffen: Flächen, auf denen Stadtmacherinnen und Stadtmacher Teilhabe selbst gestalten können und durch gemeinwohlorientierte Nutzungen soziale Innovation vorantreiben können. Diese Innovationen schaffen einen enormen Mehrwert für die Gesellschaft. Doch der Zugang zu (Frei-)räumen ist nach wie vor eine Herausforderung.

01 URBANE POTENZIALFLÄCHEN SICHTBARMACHEN

Um gemeinwohlorientierte Nutzungen nachhaltig zu fördern, sollte ein gewisser Prozentsatz der ungenutzten Flächen in Besitz der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) soziokulturellen Projektentwicklerinnen und -entwicklern zur Verfügung gestellt werden.

Aus einer Anfrage über "Frag den Staat" vom 01.04.2022 (fragdenstaat.de) wird deutlich, dass die BImA in Besitz von 180.188 Flächen bundesweit ist. Ob diese Flächen momentan genutzt werden oder in Zukunft von der BImA genutzt werden könnten, wird aus dieser 2000 Seiten langen Liste nicht deutlich. Im Rahmen eines Forschungsprojektes sollte zunächst eine Potenzialflächenanalyse erstellt werden. Hierbei sollen Kriterien aufgestellt werden, mit denen die Flächen analysiert und nach ihren Nutzungspotentialen geclustert werden.

FOLGENDE KRITERIEN WÜRDEN SICH EIGNEN:

- In Nutzung/ Leerstand/ Brachfläche
- Freiflächen/ bebaute Flächen
- Perspektiven/ evtl. Planungen des Grundstücks/ Gebäudes
- Zugänglichkeit/ Erreichbarkeit
- Entwicklungspotenzial - §34 oder §35 (Innen-/Außenbereich)
- Boden"zustand"
- "Flächennutzung" (z.B. Flächenutzungsplan)
- (Luft-)Bilder vom Ort/ Gebäude

Aus dieser Analyse sollen 20 Flächen ausgewählt und in einer deutschlandweiten Kampagne für die Öffentlichkeit sichtbar gemacht werden. Dabei werden Verwaltung, Nachbarschaft und Initiativen eingebunden.

Das Team für ein solches Projekt sollte interdisziplinär aufgestellt sein: Juristinnen und Stadtplaner, Vertreterinnen aus dem Portfoliomanagement der BImA sowie Akteure der Urbanen Liga.

Ziel der Forschung ist, auf den ersten Blick "unbrauchbare" Flächen für experimentelle Formate zu heben und sie so einer öffentlich zugänglichen Nutzung zuzuführen.

02 AKTIVIERUNGSPROGRAMM ÖFFENTLICHE RESSOURCEN: FOKUS RAUM

Für die Vergabe bzw. Verpachtung von Flächen und Liegenschaften, die sich in öffentlichem Eigentum befinden, sind häufig unterschiedliche Ministerien auf Bundes- und Landesebene zuständig. Beispielsweise wird ein erheblicher Anteil der Flächen des Bundes von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) verwaltet, die der Rechts- und Fachaufsicht des Bundesfinanzministeriums untersteht. Weitere Flächen auf Ebene der Länder und Kommunen werden durch Anstalten öffentlichen Rechts oder durch stadt- bzw. landeseigene Gesellschaften verwaltet, die durch politische Entscheidungsträger z.B. in Berlin durch die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe beaufsichtigt werden.

Im Zusammenhang mit der Verwendung, Vergabe und Zugriff auf diese öffentlichen Ressourcen sehen sich die Jugendlichen mit einem komplexen System von Zuständigkeiten, Regeln und Möglichkeiten innerhalb der deutschen Verwaltung bzw. landes- und bundeseigenen Unternehmen konfrontiert. Um hier mehr Klarheit zu schaffen, bedarf es einer systematischen Darstellung von öffentlichen Ressourcen und den damit verbundenen politischen Entscheidungsprozessen, Verantwortlichkeiten sowie Zuständigkeiten auf Stadt-, Landes- und Bundesebene. Eine weiterführende Publikation könnte bei der Sichtbarmachung der Prozesse helfen, um stadtgestaltenden Initiativen den Zugang zu öffentlichen Ressourcen erheblich zu vereinfachen.

Die KoForschung hat zusätzlich gezeigt, dass es ein erhebliches Informationsdefizit bezüglich der Liegenschafts- und Gebäudebestände der Städte, der Länder und des Bundes gibt. Auf Grundlage des Informationsfreiheitsgesetzes Bund (IFG) wurde durch zivilgesellschaftliche Initiativen bspw. die Aufstellung aller durch die BImA verwalteten Liegenschaften als Liste angefordert und durch die BImA veröffentlicht.

Abb.11 Aufbereitet als Entscheidungsbaum soll dabei geholfen werden, im Dickicht der Informationsflut den Überblick über die fürs Stadtmachen relevanten Ressourcen zu bewahren.
Foto: Duygu Atçeken © stadtstattstrand

THEMENCLUSTER#2

→ INKLUSION UND DIVERSITÄT: MACHT STADT SOLIDARISCH

"WELCHE ÖFFENTLICHEN RESSOURCEN BENÖTIGEN JUNGE STADTMACHERINNEN UND STADTMACHER UND WIE KANN DER ZUGANG ZU DIESEN VEREINFACHT WERDEN?"

Solidarität im Diskurs um urbane Praxis muss stärker hervorgehoben werden. Denn solidarisches Stadtgestalten ist eine Antwort auf immer komplexer werdende städtische Situationen.

Das im Zuge der KoForschung entstandene Handbuch "Macht Stadt Solidarisch" beschreibt, was Macht, Privilegien und Diskriminierung mit Stadtentwicklung zu tun haben. Es gibt praktische Hinweise und Denkanstöße, wie Diversität und Gleichberechtigung mehr Einzug in die Entwicklung unserer Städte haben können. Neben Reflexionsfragen für die eigene Praxis wurde eine Liste praktischer Tipps und weiterführender Literaturhinweise zusammen gestellt.

01 ZWEITE AUFLAGE "MACHT STADT SOLIDARISCH"

Um weiter an der Frage der solidarischen Urbanen Praxis zu forschen und das Thema breiter zu streuen, sollen im Rahmen einer zweiten Auflage des Hefts die Perspektiven weiterer Initiativen aufbereitet und in den Diskurs um Stadtentwicklung eingespeist werden. Gut würde sich auch die Aufbereitung als E-Book oder als Social Media Kampagne eignen, um eine höhere Reichweite zu erzielen.

02 "MACHT STADT SOLIDARISCH"- WÜRFEL ON TOUR

Alle stadtgestaltenden Projekte müssen solidarisch sein!

Ein Workshop in Form eines Würfelspiels, das aus dem Inhalt des Zines "Macht Stadt Solidarisch" entstanden ist, soll diese Denkanstöße an die Gruppen und Menschen weiterleiten, die aktiv an Städten arbeiten; ob als Architektinnen oder Planer, als junge stadtgestaltende Initiative oder als Akteurin und Akteur in Kunst, Kultur oder Bildung. Sie sollen für das Thema sensibilisiert werden, Probleme und Begriffe werden erläutert. Macht Stadt Solidarisch will einladen, die eigene gesellschaftliche Rolle zu reflektieren, um dabei ganz konkrete Tipps für die eigene Praxis abzuleiten. Der Würfel richtet sich dabei sowohl an Menschen, die innerhalb eines Projekts miteinander arbeiten, als auch an Menschen, die in unterschiedlichen Kontexten im Bereich des Stadtmachens zusammenarbeiten. Zur Umsetzung des Workshop-Formates braucht es eine vertiefende konzeptionelle Ausarbeitung, um spezifische Themen und Zielgruppen zu adressieren.

Abb.12 Die Erkenntnisse der Ko-Forschung speisen sich aus der eigenen Praxis der Urbanen Liga und wurden angereichert durch die Erfahrungswerte Dritter.
Foto: Duygu Atçeken © stadtstattstrand

THEMENCLUSTER#3

→ ZUSAMMENARBEIT: WORAN HAPERT'S?

"WELCHE ÖFFENTLICHEN RESSOURCEN BENÖTIGEN JUNGE STADTMACHERINNEN UND STADTMACHER UND WIE KANN DER ZUGANG ZU DIESEN VEREINFACHT WERDEN?"

Die Ergebnisse der Ko-Forschung zur Frage "Woran hapert's?" weisen auf zentrale Probleme in der Zusammenarbeit zwischen kommunalen Verwaltungen und Stadtmacherinnen und Stadtmachern hin: Fehlende Transparenz über Funktionen, Prozesse und Ansprechpersonen auf beiden Seiten, ein mangelndes Verständnis gegenseitiger Interessen und Werte, sowie zeitliche Verzögerungen und Ineffizienzen in der Zusammenarbeit.

Des Weiteren lässt sich aus den Ergebnissen der Ko-Forschung ableiten, dass sich Stadtmacherinnen und Stadtmachen von der Verwaltung selten als relevante Akteurinnen und Akteure wahrgenommen fühlen.

Aus der Ko-Forschung werden drei Handlungsempfehlungen abgeleitet:

01 SCHNITTSTELLEN-BÜROS

Sowohl die beforschten Verwaltungen als auch die Stadtmacherinnen und Stadtmacher sehen ein großes Potenzial in der Etablierung von Schnittstellen, um diesen Herausforderungen effizient und konstruktiv zu begegnen.

Schnittstellen-Büros verbessern die Zusammenarbeit zwischen Stadtmacherinnen und Stadtmachern sowie kommunalen Verwaltungen, da sie sprachliche und organisatorische Brücken zwischen ihnen bauen. Als finanziell mit Haushaltstiteln ausgestattete Infrastruktur, die ressortübergreifend und gemeinsam mit Stadtmacherinnen entwickelt werden, tragen sie zu einer effizienten, konstruktiven, und beispielhaften Umsetzung der gemeinwohlorientierten Stadtentwicklung im Sinne der Neuen Leipzig-Charta bei.

Erkenntnisse aus der allgemeinen Ressortforschung des BBSR zu Intermediären (2017) sowie Best-Practice Beispiele zeigen das Potential von Schnittstellenbüros auf; auf den lokalen Kontext angepasst, können Schnittstellenbüros einen erheblichen Beitrag zu einer reibungslosen Ko-Produktion in kleinen und großen Kommunen leisten.

Beispiele für bereits initiierte Schnittstellen im Bereich der Vermittlung von Freiraum- und Zwischennutzung, sowie Beratungsstellen zwischen Stadtmacherinnen und Stadtmachern und Stadtverwaltungen sind:

- → die ZwischenZeitZentrale Bremen
- → das Freiraumbüro Halle
- → der Raumkompass Nürnberg
- → das Kulturbüro Hannover
- → Die Arbeits- und Koordinierungsstelle Gemeinwohl im Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg

02 STADTMACHERINNEN UND STADTMACHER ALS TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE

Die Urbane Liga fordert, dass stadtgestaltende Initiativen als Trägerinnen öffentlicher Belange anerkannt werden, da sie keine rein privaten, sondern öffentliche Interessen vertreten. Sie sind außenstehende Anwältinnen und Anwälte für eine gemeinwohlorientierte Stadt im Sinne der Neuen Leipzig-Charta und betreiben öffentliche Daseinsvorsorge. Um als Träger öffentlicher Belange bei der Konzeption von Stadtentwicklungskonzepten eingebunden zu werden, braucht es die Etablierung eines "Bundes Deutscher Stadtmacherinnen und Stadtmacher": Ein digitales Register aller Stadtmacherinnen und Stadtmacher (vgl. Webseite www.speakerinnen.org), auf das die zuständigen Fachämter zugreifen könnten. Das Register könnte in Kooperation mit dem Alumni-Netzwerk der Urbanen Liga erstellt werden.

Weiter wird eine Anpassung von Förderrichtlinien gefordert, die eine Verpflichtende Mitwirkung von Stadtmacherinnen in Konzeption und Umsetzung von Fördermaßnahmen des Bundes vorsieht.

Über die Etablierung einer Faustregel zu "Gemeinwohlprozenten" aller Fördermittel aus der Städtebauförderung sollten fünf Prozent aller Fördermittel direkt an Stadtmacherinnen und Stadtmacher aus der jeweiligen Kommune gehen (vgl. Kunst am Bau).

Zudem wird die Einführung eines Transparenz-Gesetzes vorgeschlagen: Kommunen sollen laufende Förderungen auf ihrer kommunalen Webseite veröffentlichen, so dass Stadtmacherinnen und Stadtmacher wissen, an welche bestehenden Programme sie anknüpfen können.

Abb.13 Foto: Duygu Atçeken © stadtstattstrand

AUSBLICK

→ Nach der Liga ist vor der Liga. Der aktuelle Jahrgang ist eingeladen, Teil des wachsenden Alumni-Netzwerks zu werden. Gemeinsam wurden auf dem Kongress der Nationalen Stadtentwicklungspolitik im Herbst 2022 die Handlungsempfehlungen vorgestellt und der inhaltliche Anker für die weitere Arbeit der Urbanen Liga als Bündnis aufstrebender Stadtmacherinnen und Stadtmacher von Morgen gesetzt.

Abb.14 Foto: Duygu Atçeken © team stadtstatt, ...nd

AUSBLICK

→ DISKUSSION DER ERGEBNISSE MIT STAATSSEKRETÄR DR. ROLF BÖSINGER

Zum Abschluss des zweiten Jahres traf sich die Urbane Liga im Modellprojekt Haus der Statistik in Berlin mit dem Staatssekretär Dr. Rolf Bösinger aus dem Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen. Die Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung war zentrales Thema. Die Urbane Liga präsentierte dem Staatssekretär die Ergebnisse ihrer Forschungsprojekte, in denen sie unter anderem die Frage untersuchte, auf welche Ressourcen Stadtmacher bei der Umsetzung ihrer Projekte angewiesen sind.

Dabei greifen sie auf ihre Erfahrungen mit Projekten und Initiativen aus verschiedenen Städten zurück, zum Beispiel von Mikropol aus Hamburg Rothenburgsort. Nach der Schließung des lokalen Stadtteilzentrums wurde von einer Initiative kurzerhand ein ehemaliges Toilettenhäuschen mitten auf einer Verkehrsinsel als Treffpunkt und Planungsbüro umfunktioniert. Gemeinsam wurde ein Nutzungskonzept für ein vielfältiges Stadtteilzentrum entwickelt und Verhandlungen für die dauerhafte Nutzung eines alten Industrieareals geführt. Staatssekretär Dr. Bösinger zeigte sich begeistert über die Handlungsempfehlungen der Urbanen Liga und kündigte an, die Ausarbeitung der Vorschläge weiter zu verfolgen.

"Das sind klasse Ideen. Wir wollen junge Menschen, ihre Bedürfnisse und Visionen stärker bei der Stadtgestaltung einbeziehen, dazu führe ich den Dialog mit der Urbanen Liga fort", erklärte Staatssekretär Dr. Bösinger im Anschluss an das Gespräch.

Die Urbane Liga ist aus Sicht von BMWSB und BBSR ein sehr erfolgreiches Format. Sie soll daher in 2023 fortgeführt werden. Hierzu wird es einen Projektaufruf für junge Stadtmacherinnen und Stadtmacher geben. Für weitere zwei Jahre werden junge Projekte aus ganz Deutschland gesucht, die neue Ideen, frische Perspektiven und konkrete Vorschläge für die Bundespolitik entwickeln.

Aktuelle Infos zum Projekt gibt es immer taufrisch auf www.urbane-liga.de

Abb.15 Am 27. Juni 2022 diskutierte der zweite Jahrgang der Urbanen Liga im Modellprojekt Haus der Statistik in Berlin mit dem Staatssekretär Dr. Rolf Bösinger aus dem Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen. Foto: Duygu Atçeken © team stadtstattstrand

Abb.16 Foto: Duygu Atçeken © stadtstattstrand

URBANE LIGA ALUMNIVEREIN BEGRÜSST NEUE MITGLIEDER.

Die Fangemeinde wächst – Der aus dem letzten Jahrgang hervorgegangene Urbane Liga e.V. lud mit einem performativen Feuerwerk ins Alumni-Netzwerk der Urbanen Liga ein.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER
Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)
Deichmanns Aue 31–37
53179 Bonn

WISSENSCHAFTLICHE BEGLEITUNG
Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)
Referat RS 2 - Stadtentwicklung
Stephanie Haury, stephanie.haury@bbr.bund.de
Friederike Vogel, friederike.vogel@bbr.bund.de

ANSPRECHPARTNER IM BUNDESMINISTERIUM
Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen
Referat S II 4 - Nachhaltiger Stadtumbau, Transformation
Anja Röding, Anja.Roeding@bmwsb.bund.de
Jacqueline Modes, Jacqueline.Modes@bmwsb.bund.de

AUFTRAGNEHMER
Team stadtstattstrand, München/Berlin
Konrad Braun, Tristan Biere, Laura Bruns, Leona Lynen
kontakt@urbane-liga.de

LEKTORAT
team stadtstattstrand (Leona Lynen)

STAND
November 2022

GESTALTUNG
Studio Biere, Berlin

BILDNACHWEISE
Fotos: Duygu Atceken © Team stadtstattstrand

Abb.17 Foto: Duygu Atçeken © team stadtstattstrand

Die Urbane Liga ist ein Projekt des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB). Sie ist aus dem Jugendforum Stadtentwicklung entstanden. Ziel des Projekts ist, einen Möglichkeitsraum für junge Menschen zu schaffen, die über ihre Städte diskutieren und diese aktiv mitgestalten möchten. Das Projekt wird unterstützt durch das Büro stadtstattstrand – Kreativer Umgang mit urbanem Raum und dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR).